

— Die Sowjetregierung hat nach einer Meldung aus Stockholm alle Volkskommissare nach Moskau zu einer Sitzung des Staatsrates eingeladen, in der Tscherewin ebenfalls ein Friedensangebot unterbreitete, das den Feinden Rußlands unterbreitet werden soll. In Moskau befindet sich ein amerikanischer Gesandter, der mit Volkswachen versehen ist, das Angebot den Mitteilern zu überbringen. Gleichzeitig wird die Sowjetregierung sich über ihre Handlungsweise während ihrer Regierungszeit in einem Auftrag an das Proletariat der ganzen Welt rechtfertigen und die Erklärung abgeben, daß der Widerstand des gesamten Weltkapitals die russische Sozialrepublik vernichtet habe: für die Tausende ihr Leben gelassen hätten. Auf Vorschlag Lenin ist ein Antrag angenommen worden, worin verlangt wird, daß die Fronttruppen über das Friedensangebot abstimmen sollen, ehe es abgesandt wird. Wenn die Soldaten für die Fortsetzung der Verteidigung der Sowjetregierung stimmen, sollen sofort Maßnahmen getroffen werden, das bedrohte Gebiet zu räumen und sich in das westliche Rußland zurückzuziehen. Der Sitz der Regierung würde

dann Kowgorod werden. Für die Frontabstimmung sind acht Tage vorgesehen.

Die Nationalversammlung.

Sitzung vom 20. Oktober.

Die Nationalversammlung beendigte heute die Aussprache über den Haushalt des Reichsarbeitsministeriums. Der Abgeordnete Winnefeld (D. Vpt.) trat nochmals der Auffassung entgegen, daß die Parteien der Rechten irgendwie grundsätzlich dem Betriebsrätegesetz Widerstand leisten würden. Man könne aber nicht verlangen, daß diese Vorlage in Dausch und Worten fertiggestellt werde. Das wir ohne Schlichtungsausschüsse nicht mehr auskommen, habe die Erfahrung gezeigt. Der Redner besprach des weiteren die Notwendigkeit der Zentralisierung der Arbeitsnachweise, insbesondere auch für die Bergbaubetriebe und behandelte die Fürsorgemaßnahmen für die Knappschaftsinvaliden und die Kriegsveteranen. Ein Antrag der Deutschen Volkspartei auf Einsetzung eines Wohnungsausschusses wurde dem volkswirtschaftlichen Ausschuss überwiesen. Ein Auschussantrag, als Vortragende Mite auch Frauen zu berufen, wurde angenommen. Auf eine eingehende Kritik des unabhängigen Sozialdemokraten Bod an der Kriegsbeschädigtenfürsorge verzichtete Minister Schlichte, er werde das möglichste betreiben, aber es ist nicht zu übersehen, daß das ganze Volk sich nach der sehr kurz gewordenen Dede strecken müsse. In engem Einvernehmen mit den Kriegsbeschädigtenorganisationen sei er bemüht, dem Verfall der Leistungen zu steuern. Daß das Versorgungsgesetz noch nicht weiter sei, bedauere er sehr. Es sei nicht beabsichtigt, getrennte Gesetze für Offiziere und Mannschaften zu machen, sondern ein einheitliches Gesetz in sozialem Geist. Auch der Demokrat Schneider, Sachsen, führte dem sozialdemokratischen Dränger gegenüber aus, daß beim Rätegesetz ein Hefttempo nicht angebracht sei. Wir müßten zu einem Schlichtungswesen kommen, das uneingeschränkt arbeite. Nach den Worten des Ministers war es nun an entsprechende Taten. Beim kürzlichen Streik der Berliner Zeitungsbeamten sei eine Verschärfung dadurch eingetreten, daß der Zentralverband der Angestellten die Verhandlungen allein zu führen verlangte. Da habe der Minister gemeint, die beiden andern Verbände sollten zwar herangezogen werden, aber der Zentralverband sollte als Mundstücker gelten. Das sei ein ganz einseitiges Vorgehen. Bezeichnend sei auch, daß man den Zentralverband beauftragt habe, die andern Organisationen zu der Einberufung einzuladen, aber der Gewerkschaftsbund der Angestellten habe keine Einladungen bekommen. Das Ministerium sollte jeden Anschein einer Parteinahme vermeiden. Der Minister Schlichte warf ein, daß zur Vorbereitung des Betriebsrätegesetzes alle beteiligten Verbände Einladungen bekommen hätten, aber freilich nicht die politischen Parteien. Im Zeitungsstreik handelte es sich um eine Stunde vor Ablauf des Ultimatums. Da habe der Zentralverband mitgeteilt, daß die andern Gewerkschaften Entwürfe eingereicht hätten, die wesentlich hinter den Forderungen des Zentralverbandes zurückblieben. Das habe er, der Minister, als unannehmbar anerkennen müssen. Auf eingereichte Beschwerden habe er sofort die Einigung der streikenden Brüder veranlaßt. Das Stärkeverhältnis der Organisationen hätte berücksichtigt werden müssen. Niemand sei froher über den Vergleich gewesen, als er selbst. Der Minister entwickelte noch seine Gründe über die Ablehnung des Entwurfs betreffend die Selbstversicherung bei der Angestelltenversicherung, worauf der Sozialdemokrat Hoch belegte, daß seine Partei mit der Vereinheitlichung des Versicherungswesens die Angestellten nicht benachteiligen wolle. Die weitere Aussprache betraf die Forderungen für die Förderung der Arbeitsnachweise. Die im Haushalt verlangten 600 000 Mark, wolle die Sozialdemokratie bekanntlich um eine Million Mark erhöht wissen. Der Minister berief sich auf die bereits von ihm vorgestellten abgegebenen Erklärungen. Der sozialdemokratische Antrag wurde schließlich angenommen. Nach weiterer Aussprache über die Heimarbeitfrage und die Erwerbslosenunterstützung, wurde der Haushalt des Reichsarbeitsministeriums genehmigt und über das Reichsfinanzministerium noch der Bericht des Abgeordneten Stücken entgegengenommen. Er sprach über den Aufgabenkreis des Ministeriums, über die gewaltigen Kosten der alliierten Ueberwachungskommission und der Besatzungsarmee. Morgen wird die Beratung fortgesetzt.

Der Parteitag der Deutschen Volkspartei

hat nach Referaten von Geheimrat Kahl, Generaldirektor Böglers und Regierungsrat Reidig das ihm vorgelegte Parteiprogramm einstimmig angenommen. Es heißt darin, die Partei werde den Wiederaufbau des Reiches mit allen Mitteln fördern und im Rahmen ihrer politischen Grundtatsache auch innerhalb der jetzigen Staatsform mitarbeiten. Der erste Berichterstatter Geheimrat Kahl wendete sich gegen die Zerrücktheit Preußens, dem namentlich Hannover und Rheinland unendlich viel zu danken hätten. Die Wiederkehr der Monarchie erwartet die Partei von der geschichtlichen Entwicklung; die Personenfrage mag ihr ihre Kopfzerbrechen. Die Rolle der einzelstaatlichen Monarchen sei unter allen Umständen ausgepielt, ihre Wiederkehr müsse man, wenn auch nicht leichten Herzens, als angelegentlich bezeichnen. Abgeordneter Böglers sprach über Arbeitsgemeinschaft und wirtschaftliche Parlamente und sagte, die Arbeitsleistung habe einen unerträglichen Abstand des Arbeiters von dem Werke, das er schafft, herbeigeführt. Die feilsche Beere, die dadurch entstehe, müsse überwunden werden. Das sei nicht nur ein deutsches, sondern ein Weltprogramm. Es gelte, den Arbeiter auch durch Aktienbeteiligung am Werke zu interessieren. Zum Schluß sprach die Keinen Aktien bieten, Ersparnisprämien und Qualitätsprämien müssen die produktive Tätigkeit heben. Den Ausführungen folgten folgende Auseinandersetzungen des Abgeordneten Reidig, der für Erberger die Grabschrift empfahl: „Berderber des deutschen Volkes, der deutschen Schiffsahrt, der deutschen Städte und Länder.“ Über Schule und Kirche referierte Abgeordneter Gymnasialdirektor Dr. Soelich, der die Ueberwälzung der höheren Schulbildung als eine schwere Schuld bezeichnete, weil sie den großen tüchtigen Gedanken der einheitlichen Nationalerziehung nicht zur Wirklichkeit werden ließ. Die Parteileitung gab die offizielle Erklärung ab, daß sie angesichts der immer wieder in der Presse von links und rechts auftauchenden Nachrechnungen das Bestreben im Gange seien auf Vereinigung mit der Deutschnationalen oder Deutschen demokratischen Partei nochmals ausdrücklich die Erhaltung der vollen Selbständigkeit der Deutschen Volkspartei betone und es als eine bewußte Irreführung bezeichnen würde wenn diese Behauptung künftig nochmals in der Presse wiederholt würden. Die Deutsche Volkspartei halte an ihrem Charakter

als nationale, liberale und soziale Partei fest und werde ihre volle Selbständigkeit nach links und nach rechts unbedingt aufrechterhalten. — Die vier Wahlkreise der Rheinprovinz beschloßen, in einer Zusammenkunft während des Parteitags sich als „Deutsche Volkspartei Rheinlands“ zusammenzuschließen. Die Geschäftsführung wurde vorläufig Köln übertragen. — Ferner wurde eine Organisation der auf dem Boden der Deutschen Volkspartei stehenden Presse mit dem Sitz in Berlin geschaffen. In ihren Vorständen wurden Steinbauer (Kölnische Zeitung) und Buchhorn (Hannoverscher Kurier) gewählt.

Kampfansage den Deutschdemokraten. Als Redner der Deutschen Volkspartei hat der Abg. Heinze am Freitag im Reichstag der Deutschen demokratischen Partei den Kampf bei den nächsten Wahlen in aller Form angefangen.

Deutschland.

Die Untersuchung der Kriegsschuld. Der erste Untersuchungsausschuss des parlamentarischen Untersuchungsausschusses über die Kriegsschuld hörte am Montag unter dem Vorsitz des Abg. Dr. Anard-Frankfurt a. M. Karl Rautsky als Sachverständigen über seine Vorschläge zur Beweisführung über die unmittelbare Vorgeschichte des Krieges. In dreistündiger eingehender Verhandlung wurden die Fragen festgestellt, die an die verantwortlichen Staatsmänner zu stellen sind und die Ereignisse vom Attentat in Serajewo an bis zur Kriegserklärung betreffen. In 14 Tagen denkt der Ausschuss mit der Verrückung der Auskunftsverfahren zu beginnen. — Der zweite Untersuchungsausschuss hat mit den öffentlichen Sitzungen begonnen. Nach dem Vortrag des Berichterstatters Dr. Singheim wurde der frühere deutsche Botschafter in Washington, Graf Bernstorff, vernommen.

Der Minister für Wiederaufbau, Oberbürgermeister Dr. Gessler von Nürnberg, hat sich, wie die Post. Ztg. meldet, entschlossen, den Posten des Ministers für Wiederaufbau in der Reichsregierung zu übernehmen. Dr. Gessler ist 44 Jahre alt und aus Emden gebürtig und gilt nach einer auffallend schnellen Laufbahn als einer der befähigten und erfolgreichsten Verwaltungsbeamten Bayerns. Dr. Gessler hat seinerzeit bei der Gründung des Jungliberalismus lebhaft mitgewirkt. Vielfach ist behauptet worden, es sei zu einem großen Teil Gesslers Verdienst, daß Nürnberg sich seinerzeit der Münchener Räterepublik nicht angeschlossen hat. Dr. Gessler ist einer der Führer der süddeutschen Demokratie. Außer Dr. Gessler war der bayerische Minister Dietrich als Bewerber um den mit dem Eintritt der Demokraten in die Regierung neu geschaffenen Posten genannt worden.

Gegen den Frankfurter Terror. Der Gewerkschafts- und deutscher Eisenbahnbeamten richtete an die Reichsregierung uaterrn 17. Oktober folgende Kundgebung: Die Eisenbahnbeamtenschaft erhebt schärfsten Einspruch gegen das terroristische Verhalten derjenigen Arbeiter, welche am 13. Oktober mit Gewalttätigkeiten gegen Beamte der Eisenbahndirektion Frankfurt vorgegangen sind. Sie fordern ebenfalls schnelle Demokratisierung der Verwaltung, aber auf dem Wege der Verhandlung und Verständigung; sie mißbilligt alle Gewaltakte und verlangt Maßnahmen zum Schutz der Beamten bei Ausübung des Dienstes.

Der deutsche Verlust in Frankreich. Seit 1914 sind nach einer Bekanntmachung 15 820 Hälle von Beschlagnahme deutschen Eigentums im Werte von 1,5 Milliarden Franken vorgekommen.

Im Reichsministerium des Innern ist bei der ersten Abteilung eine Unterabteilung Staatsrecht gebildet worden. der folgende Angelegenheiten zugeteilt worden sind: Volksgesetz der Verfassung, Verfassungsänderungen, Reichstag und Reichsrat, Volksabstimmung, Wahlen, Staatsgerichtshof, Reichsverwaltungsgericht, politische Parteien, Religions- und Kirchenfragen, Reichsflagge und Marineflaggen.

Die Verwendung der Truppenübungsplätze. Der Reichswehrminister hat, wie die Dtsch. Parlamentarierkorrespondenz berichtet, bisher sieben Truppenübungsplätze in der Rheinprovinz, Westpreußen, Schlesien und Hohenzollern-Sigmaringen als entbehrlich bezeichnet. Es wird jetzt die Möglichkeit erwogen, die Truppenübungsplätze, soweit sie sich für Landbebauung eignen, zur Ansiedlung von Wehrmannschaften und besonders Kriegsbeschädigten freizugeben.

Aus der Ostmark. Der Einzug der polnischen Truppen wird in den polnischen Kreisen Thorns zum 25. Oktober erwartet. Doch läßt sich nicht mit Bestimmtheit sagen, ob dies in so kurzer Zeit schon möglich sein wird. Sicher ist, daß Thorn der Sitz der neuen Wojewodschaft wird, die den Namen Pomorze erhalten wird.

Reuordnung der Auslandsvertretung. Am Haushaltsausschuss der Nationalversammlung berichte Reichsminister Müller bei der Beratung des Etats des Auswärtigen Amtes, daß bei der Befestigung der auswärtigen Posten nicht nach parteipolitischen Rücksichten gehandelt werden könne, sondern nach dem Grundsatz einer sachlichen Eignung. Weiter erklärte der Minister, daß wirtschaftliche Fragen, die Kreditoperationen, Einfuhr von Rohstoffen, Lebensmitteln u. a. auf andere Ministerien übergegangen seien.

Als französischer Geschäftsträger wird nach einer Meldung der Tel.-Union aus Genf der bisherige französische Generalkonsul in Genua, Dr. Marcellin, ernannt werden und wird in Berlin amtieren, bis Frankreich sich wieder durch einen Botschafter in Berlin vertreten lassen wird. Man nimmt an, daß dies im kommenden Januar der Fall sein wird.

Dr. Solz soll nach der Westminster Gazette Deutschlands erster Vertreter in England werden.

Aus der Nordmark. Nach einer Meldung der Tel.-Union aus Kopenhagen ist die Ordnung der schleswigischen Valutafälle nun zustand gekommen. Es wird eine staatliche Abwickelungskasse errichtet, die die Regelung vorzunehmen hat. Das Kapital wird zum größten Teil von dänischen Banken gestellt, von denen jede einzelne sich mit 80 bis 100 Millionen Kronen beteiligt.

Generalmajor Graf Waldersjö, Kommandeur der Reichswehrbrigade 29, hat in den letzten Tagen in offenen Briefen an den General Groener politische Streitfragen anzusprechen gesucht. Es ist ihm eröffnet worden, daß sein weiteres Verbleiben im Heeresdienst unangebracht erscheint.

Die Zahlung der Kriegsschuld. Dem Vernehmen nach sind die ersten 20 Milliarden Mark, die Deutschland nach dem Friedensvertrag auf die Wiedergutmachung als Schuld zu zahlen hat, mittlerweile in der Form von Warenlieferungen bereits zum größten Teil entrichtet worden.

Reklamierten Steuer. Zum Heutigen in der Nationalversammlung der Antrag, die in den Kriegen Reklamierten, die für das Reichsnotopferkonten, mit einem Zuschlag von 5 Prozent für den fangenden Jahr ihrer Wehrpflichtbefreiung zu befreigehende Zurückstellung bis zur Dauer von Jahren begründen keine Zahlungspflicht. Abgabepflicht mehr als einem Jahre Frontdienst bleiben davon befreit.

Gesetz gegen den Streikterror. Frage des Schutzes arbeitswilliger Beamten und men gegen den überhandnehmenden Terror zehmenten schweben zuzeit Verhandlungen zwischen fischen Regierung und der Reichsregierung. Will die Reichsregierung gesetzgeberische Maßnahmen Bekämpfung des Streiks durch ein Antistreikgesetz

Österreich.

Die Neuordnung der Verwaltung. Der Gesetz betr. die Uebergangsregierung für Österreich ist im Staatsanzeiger veröffentlicht worden. Bestimmungen dieses Gesetzes bleiben die beiden Räte der unmittelbaren Verwaltung des Ministeriums werden jedoch in drei neue Departements teilt, nämlich in Unter-, Ober- und Justiz-Departements werden 24 Volksvertreter Senatoren abordnen, so daß die neue Regierung aus 626 Abgeordneten bestehen wird, gegen 600 alten Kammer, und der Senat aus 314, gegen 300.

Deutsch-Österreich.

Hungersnot. Aus Wien wird gemeldet: Der Oberkommissar der Lebensmittellieferung für die von Europa erklärte in einer Unterredung, daß kurzem ein gefährliches bolschewistisches Zentrum als Budapest unter der Herrschaft der Sowjets, welche Kredit sei augenblicklich erschöpft und 7 Millionen seien bedroht, langsam den Hungertod zu sterben. Es wendig sei, sei ein Kredit von 50 Millionen Mark lauf von Kohlen und Rohmaterialien, damit die Fabriken wieder in Tätigkeit treten können.

Polen.

Die Festsetzung der Grenzen. Der Berliner Tageblatt aus Genf erzählt, hat der Paris die Abgrenzung Polens bestimmt. Danach den ganzen Bezirk Suwalki, den Bezirk Augustów, eine kleine Nordwestecke, den größten Teil des Seins, ferner vom Gouvernement der Bezirk Siedlitz, Bialystok, Brest, erhalten. Die längs des Bugs bis zur alten österreichischen Grenze, bis zum Dnepr, bei Brest-Litowsk, baltischen Grenzen Polens aus. Das Schicksal von Wilna, das W. ist noch nicht bestimmt.

England.

Die Demobilisierung. Nach einer Meldung aus Horsea teilte Lord George in der dort die englische Regierung seit dem Waffenstillstand Millionen Mann des Heeres und der Luftstreitkräfte hat, wovon rund 90 Prozent in der Heimat gebracht sind.

Ungarn.

Das Strafverfahren gegen Graf Karolyi ist nach einer Meldung des Budapest bereits eingeleitet. Die Anklage lautet: Verrat, Veruntreuung und Diebstahl in der Anstaltung zum Mord und Landesverrat. Die Anklage nach 2—3 Monate dauern.

Die Royalisten-Partei, die in England gegründet wurde, ist aus Anhängern aller Parteien zusammengesetzt. Die Bevölkerung des Landes ist ausschließlich monarchistisch gesinnt. Die Dynastienfragen sind noch ungeklärt. Nach den in Wien veröffentlichten Meldungen hat der Erzherzog der als Kronprinz für den ungarischen Thron wird, im Augenblick die größten Aussichten, die Bevölkerung für einen Magyaren mehr Sympathie zu einen anderen Kandidaten; doch sind auch, wie in Kreisen verlautet, die Aussichten des Herzogs ungünstig, besonders da bekannt wird, daß er die Sprache beherrscht.

Rumänien.

Eine glänzende Ernte. Nach einer Meldung aus Bukarest hat der Ministerpräsident des Ministers für Ackerbau und Handel 400 000 Tonnen Getreide für die Ausfuhr nach Land freizugeben. Rumänien verlangt grundsätzliche Kompensationen für dieses Getreide, jedoch unter bedingung die Zahlung in Lei aufgestellt. Die gute Ernte in Rumänien ermöglicht es, die der endgültigen Zusammenstellung der Ernte 400 000 Tonnen für die Ausfuhr freigemacht werden.

Aus Provinz und Nachbargebieten.

! Baldunstein, 20. Okt. Vor 600 Jahren, 1319, erbaute der Kurfürst-Erzbischof Baldwin von dem Hause der Grafen von Luxemburg, ein Schlossers Heinrich 7., zum Trog gegen die, den Bayern und Johann von Bamberger gehörende Feste, die nach seinem Namen genannte Burg Baldunstein heute noch die Ruinen vorhanden sind. Unter der sich alsbald der gleichnamige Ort Baldunstein an. Jahre 1321 von Kaiser Ludwig Stadtrechte erhielt. Diese Bedeutung hat unser Ort, welcher jetzt gegen 300 zählt, im Laufe der Zeit nicht erlangt. Die nächstgrößte erhielt erst im Jahre 1329 Stadtrechte.

! Limburg, 21. Okt. Wie der Abg. Herfer hat die Staatsregierung die Stadt Limburg in den teureren Orte eingereiht, und zwar mit Rücksicht Januar 1919. Das bedeutet für sämtliche Staats- und Pensionäre eine hoch erfreuliche Besserstellung.

! Koblenz, 20. Okt. Provinzialkultur- und berg, hier, ist zum Geheimen Regierungsrat und Rat im Ministerium für Wissenschaft, Kunst und ernannt worden. — Eine Schule für amerikanische Lehrlinge ist hier eröffnet worden.

! Wiesbaden, 20. Okt. Wegen vollständiger der Kohlenzufuhr beim Elektrizitätswerk unter der Straßenbahn innerhalb der Stadt baldig werden. Mit den Vororten wird ein beschränkter gehalten.

! Wiesbaden, 21. Okt. Das 2. Nassauische regiment Nr. 88 hat nach 111jähriger ruhmreicher zu bestehen aufgehört. Die Kriegsverluste an Toten

Kriege betragen 122 Offiziere sowie 3300 Unteroffiziere und Mannschaften. In dem Nachruf des Regiments heißt es u. a.: Mit stolzer Trauer gedenken wir Überlebenden des alten Regiments 88 unserer gefallenen Kameraden, die als brave Männer und Soldaten ihren Heldenruf erfüllten bis zum letzten Atemzug, die rein und feldlos hielten ihre Ehre, die des Regiments und die des Vaterlandes. Als Sieger sind sie gestorben im festen Glauben an Deutschlands Ehre und Zukunft, Deutschlands Schande, brauchten sie nicht zu erleben. — Aus Anlaß des Jubiläums des Kaiserlichen Landestheaters, dessen neues Haus am 16. 25 Jahre in Benutzung war, fand nach Schluß der „Tannhäuser“-Aufführung auf der Bühne eine Ehrung der Mitglieder und Angestellten statt, die 25 Jahre und länger am Theater angestellt sind. Hofrat Sommerfeld dankte namens der Verwaltung für die treu geleisteten Dienste und Intendant Bogat feierte das Theater als Kunststätte, die allen eine zweite Heimat geworden sei.

! : Frankfurt a. M., 21. Okt. Da die Gastholenzufuhr aus, und die Vorräte erschöpft sind, ist in Frankfurt eine verstärkte Gasbeschränkung angeordnet worden. Nach 8 Uhr abends gibt es keine Gasbeleuchtung mehr. Die Gaslaternen wurden auf weiteres außer Betrieb gesetzt.

Die Kommunalwahlen in den Landgemeinden.

In Charlottenberg wurden gewählt: Wilhelm Schönbauer, Schreiner, Wilhelm Haselbach, Schmied, Wilhelm Kallert, Bäcker, Ernst Schmidt, Bergmann, Eduard Busch, Heizer, Albert Kerner, Schmied, Heinrich Debusmann, Jubalier, Heinrich Bernert, Fuhrmann, Wilhelm Jakob, Bergmann.

In Hirschberg wurden gewählt: aus dem 2. Wahlbezirk: Wilhelm Priester, Landwirt, Karl Barth 4., Landwirt, Karl Ludwig, Vogt, Steinrichter, Wilh. Reichel, Landwirt, Karl Seelbach, Landwirt, Friedrich Hubert, Landwirt, Chr. Wilh. Müller, Landwirt und Wirt, aus dem 1. Wahlbezirk: Heinrich Petri, Landwirt, Heinrich Ludwig, Meier, Maurer.

In Schönborn wurden gewählt: vom Wahlbezirk 1: Wilh. Krosch, Heizer, Wilh. Martin 2., Joh. Heiner, Martin, Heinrich Schmidt, Jakob Halle, Karl Neuzerling, und vom Wahlbezirk 2: August Kaiser, Ph. Heiner, Gasteier, Heiner, Wellenbstein, Heiner, Jakob Weber, Lehrer Künzler, Joh. Karl Stabenrauch.

In Göttingen wurden gewählt: Jakob Schäfer 2., Friedrich Holl 2., Wilh. Ott, Wilhelm Hemmer, Anton Wilh. Holzhauser, Wilh. Stephan, Friedrich Holzhauser, Joh. Friedrich Schwenk, Joh. Christ. Thomas.

In St. Goarshausen wurden gewählt Demokraten 8, Zentrum 3, Deutschnationale 1 Stb.

In Niederlahnstein erhielt das Zentrum 11, die Sozialdemokraten 9, die Demokraten 2 und die Bauernbündler 2 Stb. Im übrigen gilt für Niederlahnstein im großen und ganzen das gleiche wie für Oberlahnstein.

In Oberlahnstein beteiligten sich an der Wahl 70 Prozent der Wahlberechtigten. Das Gesamtergebnis beträgt: Zentrum 1522 (12 Stb.), Sozialdemokraten 1110 (8 Stb.), Deutsche Volkspartei 200 (2 Stb.), Deutsch-Dem. 158 (1 Stb.), Wirtschaftl. Vereinig. 140 (1 Stb.). In der Wahl zum Landtag entfielen auf die Parteien folgende Stimmen: Zentrum 2352, Sozialdemokraten 1003, Demokraten 347, Deutsche Volksp. 166, Deutsch-Nat. 95. Es werden nur einige wenige Vertreter aus dem alten Parlament ins Rathaus einziehen.

In Niederriedenbach wurden gewählt: Karl Ritz 2., Landwirt, Heinrich Schäfer, Landwirt, Hof Kleidenbach, Karl Schäfer, Zimmermann, Wilhelm Kaiser, Mühlbauer, Georg Weckert, Zimmermann, Karl Strobel, Landwirt, Hof Kleidenbach, Karl Bremer 1r, Zimmermann, Heinrich Hund 1r, Müller, Salomon Goldschmidt, Handelsmann.

In Montabaur wurden bei der Wahl zur Stadtverordnetenversammlung von 2208 Stimmberechtigten 1560 Stimmenten abgegeben; von letzteren waren 23 ungültig, sodas noch 1537 gültige Stimmen verblieben. Auf die Zentrumsliste (Gelb) entfielen 920 Stimmen, auf die Bürgerliste (Dr. Froning) 560 Stimmen, auf die Liste Osterwind 57 Stimmen. Es sind hier noch der Zentrumsliste 11 Mandate und der Bürgerlichen Liste 7 Mandate zuzugewinnen. Da aufgrund der abgegebenen Stimmen auf ein Mandat 83 Stimmen zu zählen sind, so schied die Liste Osterwind mit nur 57 Stimmen aus.

In Oberhof wurden gewählt: Arnold Staud, Eisenbahnarbeiter, Wilhelm Bingel, Gastwirt, August Hofmann, Fabrikarbeiter, Karl Grob, Eisenbahnarbeiter, Emil Simon, Kaufmann, Philipp Karch, Strombauarbeiter, Wilhelm Gieseler, Bäcker, Heinrich Friedrichs, Fabrikarbeiter, Friedrich Reichert, Bahnarbeiter.

In Meinhart wurden gewählt: Josef Epies, Fabrikarbeiter, Michael Schmid, Schuhmachermeister, Johann Sehl 2., Bergmann und Winger, Wilhelm Bruchhäuser, Fabrikarbeiter, Josef Scherer, Landwirt, Wilhelm Mono, Bergmann, Johann Ludwig, Briefträger a. D., Wilhelm Seibel, Bergmann, Peter Sehl, Winger.

In Homburg wurden gewählt: Sehl, Philipp, Maurer, Wöcker, Bestmann, Karl, Zimmerer, Göron, Wilhelm, Landmann, Bauer, Karl, Landmann, Bruchschmidt, Josef Philipp, Landmann, Göron, Johann Philipp, Landmann, Weiss, Heinrich, Kriegsinhaber, Kurt, Philipp, Maurer; Bruchschmidt, Wilhelm, Landmann.

In Sulzbach wurden gewählt: Sprifersbach, Karl, Staud, Robert, Schaab 2., Karl, Meffert, Karl, Edel, Karl, Meffert, Friedrich, Meffert, Wilhelm, Hagel, Karl, Schaab, Heinrich.

In Heidenbach wurden gewählt: Joh. Wilh. Bröy, Landwirt, Joh. Karl Stein, Metzger, Karl Petri 1., Landwirt, Georg Müller, Maurer, August Vogt, Eisenbahnarbeiter, Karl Wilh. Vogt, Landwirt, Albert May, Steinbrecher, Joh. Georg Bernhard, Bergmann, und Karl Philipps, Landwirt. Sämtliche Einwohner hatten sich auf die vordiehenden Kandidaten geeinigt, die nicht nach Grundfragen politischer Parteizugehörigkeit ausgewählt wurden, so daß Parteikämpfe mit ihren unangenehmen Folgen für die Gemeinde fern blieben.

In Altenhausen wurden gewählt auf Wahlvorschlag 1: Wilh. Heilbach und Philipp März, auf Wahlvorschlag 2: Wilh. Hoff, Heinrich Strad, Jakob Meiner, Heinrich Paul und Heinrich Rühl 1., auf Wahlvorschlag 3: Jakob Hollricher 1., Kurt Braun, Chr. Galtböfer, Rud. Blech, Jak. Ehardt.

In Isfelbach wurden auf Grund einer Einheitsliste gewählt: Wilhelm Schmidt, Brauereibesitzer, Karl Petri 1., Holzschneider, Karl Rodius, Landwirt, Wilhelm Rink 1., Landwirt, Karl Krey, Schreiner, Anton Rodius, Landwirt, Anton Rink 2., Landwirt, Robert Schmidt, Brauer, Jakob Meibacher 1., Viehhändler.

In Mittelsbach wurden gewählt: Leonw. t. Jakob, Landwirt, Karl Hansmann, Landwirt, Wilhelm Hauer, Landwirt, Ludwig Großheim, Landwirt, Karl Nikolay, Landwirt, Heinrich Schneider 1., Landwirt, Heinrich Strad 2., Landwirt, Karl Egert, Landwirt, Adolf Meyer.

In Allendorf wurden gewählt: August Schnell, Wilhelm Meffert, Karl Meffert, Wilhelm Belte, Heinrich Gabel, Karl Jakob Bauer, Wilhelm Strobel, Wilhelm Heuser, Wilhelm Gortzner.

In Dornholzhausen wurden gewählt: aus Wahlvorschlag 1: Landwirt Wilhelm Kern, August Hagel 2., Wilhelm Schurer 2., und Wilhelm Schumacher, aus Wahlvorschlag 2: Landwirte und Arbeiter Wilhelm Wolf, Wilhelm Fuhr, Peter Hofmann, Heinrich Dattner und Heinrich Gensmann.

In Holzhausen wurden gewählt: Wilh. Altenhof, Georg Bauer, Karl Wilh. Weiland, Philipp Holzhauser, Wilhelm Emmel, Wilhelm Bremser 1., Heinrich Breibach 2., Philipp Schmidt, Philipp Heiderich.

In Gießig wurden auf Grund eines gemeinsamen Wahlvorschlags der Deutschnat. Volkspartei und der Deutschen Volkspartei gewählt: Karl Thurn, Landwirt, Wilhelm Alberti, Landwirt, Adolf Klump, Landwirt, Karl Singhof 3., Landwirt, Karl Hintenwaller, Landwirt, Christian Weisser, Landwirt, Alberti, Landwirt, Philipp Kuchmann, Landwirt, Heinrich Rebert, Landwirt.

In Delligshofen wurden gewählt: Adolf Eister, Landwirt, Wilhelm Hagel, Landwirt, Karl Hagel, Landwirt, Karl Singhof 1., Landwirt, Karl Bang, Landwirt, Karl Jöller, Landwirt, Christian Kleinhardt, Landwirt, Wilh. Himmighofen, Schuhmacher, Willi Mangold, Landwirt.

In Oberwies wurden gewählt: Heinrich Schmidt, Heinrich Pfaff, Christian Pfaff, Reinhold Hagel, Emil May, Karl Elberskirch, Wilhelm May, Georg Winterberger, August Rotard.

In Steinsberg wurden auf Grund einer Einheitsliste gewählt: 1. Hermann Gail, Heinrich Karl Meffert 4., Heinrich Wilh. Meffert, Karl Wilhelm Schwarz 1., Ludwig Müller, Philipp Wilhelm Meffert, Karl Wilhelm Schwarz 2., Karl Meiner, Jakob Karl Meffert.

Aus Bad Ems und Umgegend.

Eine wahre Kartoffelflut hat sich gestern über unsere Stadt ergossen. Die ansehnliche Menge ungeheurer Vorräte haben sich augenblicklich über Nacht erheblich vermehrt, denn vorher waren doch für viel Geld und einbringliches Jurenden keine Kartoffeln zu haben. Der Grund der Kartoffelflut war die Tatsache, daß von heute ab die Kartoffeln beschlagnahmt sind, daß die Erzeuger jetzt nur 7,25 Mark und allenfalls 5 Pfennig Transportgebühren bekommen. Gestern wurde dann der Zentner für 12 Mark verkauft mit 2-4 Mark Transportaufschlag. Die meisten Verbraucher sind ja zum Teil nun froh, ihren Kartoffelvorrat im Keller zu haben.

Wahlkampf.

Wahlversprechungen.

Da jetzt alle in Bad Ems vorhandenen Parteien an dieser Stelle veröffentlichten, fühle ich mich veranlaßt, ein gleiches zu tun. Wenn aber Alle, sich nur durch die neue politische neutrale Bürgervereinigung gereizt fühlen, ich nicht! Denn durch den Versuch der Emsverbündung ist klar geworden, daß die neutralen Bürger nur Antisager sind, die die Stadtangelegenheiten von Fall zu Fall erledigen wollen, „nach eigenem Gutdünken“, ohne sich vorher an eine bestimmte Regel zu binden. Solche Leute versprechen viel, können aber nichts halten, selbst wenn sie wollten. Auch bei den Ems Wählern werden sie hoffentlich gar nicht in Frage kommen. Ersichtlich ist aber der Artikel der Volkspartei in Nr. 240 vom 18. 10. Dort wird die neutrale Bürgervereinigung erst in „den wir getreten, weil sie nicht politisch sein will, und gleich dahinter will die Volkspartei nicht politisch wählen und auch die Gemeindepolitik nicht nach ihren Parteigrundsätzen führen. Wenn die Volkspartei nur Liberale und Fortschrittlerkandidaten will, braucht sie keine eigene Liste, denn die Sozialdemokraten sind alle liberal und äußerst fortschrittlich. Auch kann kein Mensch behaupten, daß etwas bedrohlich Gutes von den Sozialdemokraten abgeschafft oder zurückgenommen wird, nur weil es schon vor der Revolution bestand. Wenn die Volkspartei schon vor der Wahl ein so weiches Gewissen zeigt, wie deklamiert mag es erst nachher sein? Wenn die Volkspartei jetzt verspricht, für den Schutz der erwerbenden Bürger einzutreten, so erlaube ich mir die Frage: Welche Bürger sind das und welches Einkommen müssen die zu vertretenden Bürger haben? Denn für den, der arbeiten muß, ist die Volkspartei bis heute nicht eingetreten! Die Volkspartei will Industrie einführen, und zwar geeignete? Das ist ein Aufschrei. Geeignete Industrie wäre z. B.: Spielwaren! Eine Fabrik wird gebaut und mit allen technischen Raffinesse eingerichtet. Diese Fabrik muß Handwerker aller Kategorien beschäftigen. Metall, Holz, Leder, Edelstein, Glasarbeiter und was es sonst noch gibt. Durch diese Einrichtung ist die Fabrik in der Lage, nicht nur Spielzeug, sondern auch alle Gebrauchsgegenstände und Einrichtungen auf den Gebieten der Holz- und Metallarbeit und Installation viel billiger zu liefern, als der kleine Mann. Eine solche Fabrik würde sich das ganze Emsere Geschäftsleben untertan machen, oder es unterdrücken. So sieht die geeignete Industrie der Volkspartei aus! Denn, wenn die Volkspartei all das versprochenes wirklich betreiben will, warum hat sie das nicht früher schon getan, als sie noch das Rathaus beherrschte? Vor allem scheint die Kur für die Volkspartei und auch für alle anderen das einzige zu sein, was Beachtung verdient. Demgegenüber möchte ich die Sozialdemokratische Partei anführen, die ja bis jetzt nicht auf dem Rathaus war, dafür aber das tun wird, was andere nicht tun wollten, aus Geldsackinteressen. Wir Sozialdemokraten wissen, daß Bad Ems die Kur braucht. Aber selbst wenn das nicht nötig wäre, müßten wir doch dafür sorgen, daß die Heilquellen ausgenutzt werden, zum Wohle der Allgemeinheit. Wir haben aber auch ein Dorf Ems mit Landwirtschaft und Industrie. Bis heute war die Ems nur ein Bettelhandwerk. Die Aurgäste waren die Herren und wir die Bettler. Darum treten wir ein für die Kommunalisierung der gesamten Anstalt. Die ganze Einrichtung, die uns von der Natur geschenkt auf unserem Gebiete liegt, muß in städtische Regie übergehen. Desgleichen Gas, elektrischer Strom und Maßberg mit Bahn, Gasthaus und Hof. Alle Arbeiten müssen von Ems Wählern ausgeführt werden, denn wir sind ebenso tüchtig wie die Auswärtigen. Die Stadt muß das brachliegende Land in eigener Regie bebauen und eigene Milchwirtschaft einrichten für unsere Kinder, Kranken und Aurgäste. Wir wollen Industrie hierherziehen, aber nicht „geeignete“, sondern Industrie, die Leben bringt ohne die kleinen Leute zu schädigen. Wir wollen nicht die Beamtengehälter vergrößern, sondern jedem Emsbürger zur Menschwürde verhelfen, und dazu gehört, daß das Einkommen mit den Kosten der Lebensnotwendigkeiten im Einklang steht. Wir wollen das alles nicht nur, sondern wir müssen es, weil wir uns auf das Parteiprogramm von Ems festgelegt haben. Wir wollen aber auch mehr. Die Masse der Ems Bürger soll selbst mitwirken und bei allen wichtigen Entscheidungen gefragt werden. Der Ems soll Teil haben an dem, was uns die Natur geschenkt hat. Vor

allem aber wollen wir, daß der Ems Bürger nicht auf die Zufälligkeiten der Kur angewiesen ist. Die Sozialdemokratische Partei ist die einzige, die nach bestimmten Formen arbeitet und die Gewähr bietet, daß ihre Kandidaten keine Seitenpränge machen. Darum rufe ich den Ems Wählerinnen und Wählern zu: Seht Euch nicht nur die Liste, sondern auch das Parteiprogramm an, und dann: „Auf zur Wahl!“

Heinr. Jöller, E. B. 2.



Eine Glanzleistung,
die unübertroffen ist erzielen Sie mit
Jmmalin
Anerkannt bester Schuhputz.
„Überall erhältlich.“

Ämtlicher Teil.

J.-Nr. 9765 II. Diez, den 18. Oktober 1919

Am Freitag, den 24. Oktober ds. Js., nachmittags 3 Uhr

findet im Hof von Holsand in Diez zwecks Besprechung wirtschaftlicher Fragen eine Bürgermeisterversammlung statt, zu der sämtliche Herren Bürgermeister eingeladen werden. Eine Vertretung darf nur in einem wirklich dringenden Falle statfinden.

Der Landrat.
J. B.:
Schuerm.
Gesehen und genehmigt.
Der Chef der Militärverwaltung des Unterlahnkreises.
Chatras, Major.

J.-Nr. 6780 I. Diez, den 20. Oktober 1919.

An die Magistrate Diez, Nassau und Bad Ems und die Herren Bürgermeister der besetzten Landgemeinden des Kreises.

Sie wollen mir bis zum 24. ds. Mts. — Abgabe der Meldungen, Landratsamt Zimmer 7 — melden, daß sich in Ihrer Gemeinde kein zurückgelassenes Heergerät, bezw. aus Frankreich-Belgien stammende Tiere oder sonstiges, der Besatzungsbehörde in irgendeiner Weise befindet, das nicht laut durch die französische bezw. amerikanische Besatzungsbehörde ausgestelltes Zeugnis endgültig in den Besitz des jetzigen Eigentümers übergegangen ist. Ich mache darauf aufmerksam, daß die Besatzungsbehörde die Herren Bürgermeister für etwaige ungenaue Meldungen persönlich verantwortlich macht.

Der Landrat.
J. B.:
Schuerm.
Gesehen und genehmigt.
Der Chef der Militärverwaltung des Unterlahnkreises.
Chatras, Major.

I. 7716. Wiesbaden, den 11. Okt. 1919.

Ausschreiben.

Das Landratsamt ersucht ich ergeben um Anstellung von Nachforschungen nach dem Verbleib der Tochter des hier Eltvillestraße 141 wohnhaften Telegraphenferretors Born, Gertrude Born, geb. am 6. Juli 1903 zu Frankfurt a. M., die sich am 9. ds. Mts., nachm. 3½ Uhr unbekannt wohin entfernt hat.

Die Genannte wollte sich in den Dienst begeben, trat aber dort nicht ein.

Im Ermittlungsfalle wird um schonende Festhaltung und um Drahtnachricht hierher ersucht.

Personalbeschreibung: Größe: groß, Gestalt: kräftig, Haar: blond, voll, trug 2 Böpfe; Gesicht: oval, voll, blaß; Stirne: hoch; Augen: blau; Augenbrauen: dunkelblond bogensförmig stark; Nase: wellig, stark; Ohren: klein; Mund: mittel; Zähne: vollständig; Kinn: spitz; Gang: sehr gerade; besondere Kennzeichen: kleine Narbe an der rechten Wange. Kleidung: dunkelgrünes gestreiftes Ueberwurfkleid, rote gestrickte wollene Goliade, weißer Kragenreiz, kleines rundes schwarzes Samthütchen, am Rande rot eingefärbt, hohe schwarze Schnürschuhe.

An jedem Arm 3 Silberreifen, an den Fingern 2 goldene und 3 silberne Ringe mit Perlen und Steinen eingelegt, darunter 1 silberner Ring mit einem runden Amethyst und 1 silberner Ring mit rotem Stein, sowie ein Kettenring.

J. B.
gez. Gaul.



Nußkohlen
eingetroffen. Bestellungen
von unseren Mitgliedern in
Diez erbittet sofort
Konsum-Verein für Wiesbaden
und Umgebung, Diez.

Bekanntmachungen der Stadt Bad Ems.

Stadtverordneten-Sitzung.

Donnerstag, den 23. Okt. 1919, nachm. 4 Uhr

A Vorlagen des Magistrats.

Gefallen.

1. Anschluß des Forsthauses an die elektrische Lichtleitung.
2. Verkauf eines Grundstücks.
3. Beitrag der Stadt an die Handwerkskammer.
4. Genehmigung eines Futterankaufs für die Viehhaltung.
5. Feuerungszulage für Nachschuhteute.
6. Erlass von Gemeindesteuern.

Der Magistrat wird zu dieser Sitzung ergebenst eingeladen.

Die Akten liegen Dienstag, den 21. Oktober bei dem Schriftführer Oberstadtssekretär Paul zur Einsichtnahme offen.

Bad Ems, den 18. Oktober 1919.

Der Stadtverordnetenvorsitzer.

Franz Ermisch.

Beamten-Verein Bad Ems.

Heute **Mittwoch**, den 22. Oktober ab 1,00 mittags
Veranstaltung guter **Becher Winterkarotten** am
Bahnhof zu $\frac{1}{4}$, $\frac{1}{2}$ u. $\frac{3}{4}$ Zentner.
Erbitten Bons für gelieferte Kartoffeln einzulösen.

Französischer Offizier

verlor Brieftasche mit Inhalt (Geld und Papiere
von sehr großem Wert). Gegen gute Belohnung ab-
zugeben in der Geschäftsstelle der Emscher Zeitung. (108)

Diezer Oelmühle

Eröffnung

am 24. Oktober 1919.

Grosses leistungsfähiges Werk.

— Tauschen Delfamen aller Art sofort gegen Del um. —

Krämer & Co., Diez,

Wilhelmstr. 44.

160

(Früher kleine Pfeiffer'sche Mühle.)

Jedes Quantum

Äpfel und Birnen

kauft

Rau, Rheinische Obsthalde.

(185)

Diez, Wilhelmstr. 5.

(185)

Deutsche Demokratie.

Sie ist die **Entwicklungsstufe**, welche die Geschichte unseres Vaterlandes als ihren **Fortschritt** folgerichtig gezeitigt hat!

Sie ist als **politische Idee** für die Wirksamkeit unserer Verfassung und Verwaltung **gegenwarts notwendig!**

Sie ist als **Form** eines lebensfähigen Volksstaates eine persönliche **Befreiung** zu Selbstvertrauen und Staatsbürgersinn!

Sie ist als **Weg** des Reichsneubaus die einzige Möglichkeit eines **nationalen Einheitsstaates**, Einheitsvolkes!

Sie ist als **soziale Erscheinung** die tatkräftige Gerechtigkeit gegen **Jeden** in jeder Daseinslage!

Sie ist als **erziehlische Forderung** die bereitwillige **Arbeit** eigenster Persönlichkeit für die Gesamtheit!

Sie ist als **sittlicher Wille** **Liebedienst** an allen Volksgenossen, **Versöhnungs- gedanke** für die Menschheit!

Demokratie wird **Wirklichkeit** durch Deine **eigne Tat**, wenn Du handelst für die

Deutsche Demokratische Partei!

Deutsch-demokrat. Partei.

Öffentliche

Versammlung

Donnerstag, den 23. Okt. 1919,

abends 8 Uhr

im Gasthaus „Zur Krone“, Ems.

Vortrag des Parteisekretärs Herrn Pauls, Coblenz.

„Kaufmanns Herrn Jos. Sturm, Ems.“

Freie Aussprache. (180)

Der Vorstand.

Ihre Vermählung

zeigen an

Anton Höhn

Minna Höhn

verw. Paul, geb. Reihert

BAD EMS

NIEVERN

Oktober 1919.

An- und Verkauf
gedr. Möbel aller Art.
Bahnhofstr. 21, Ems.

Ein **Kohlenwasserfilter**
sowie größere Partie $\frac{1}{4}$ l.
Rhein. Mosel- u. Bor-
deauxflaschen, ebenso 2
schwarze Herren-Schok-
röde zu verkaufen.
Bahnhofstr. 2 Ems.

Sofort zu mieten gesucht
möbl. 3-4 Zimmerwoh-
nung mit Küche, Sonnen-
seite. Angebote unter A. 400
an die Geschäftsstelle der
Emscher Bzg. (184)

4-5 Zimmer-
Wohnung
mit Zubehör in Diez od. Freien-
diez zu mieten gesucht.
Näh. Geschäftsstelle. (170)

Monatsmädchen
gesucht.
Ordentliches, sauberes Monats-
mädchen gegen hohen Lohn per
1. Nov. zu 2 Personen gesucht.
Wo, zu erfahren in der Ge-
schäftsstelle. (171)

Geld verleihen an sichere
Lente
monatl. Rückzahlung.
H. Blume & Co., Hamburg 3.

Die für morgen Donners-
tag angelegte Möbel-Ver-
steigerung im Gasthaus
„Sportenburg“, Ems, findet
nicht statt.

Jemand zum fügen und
zerkleinern von 4 Raum. auf-
gerissenes Buchen Scheitholz
gesucht. Näheres
Chr. Vinkenbach, Ems,
Villa Hindenburg. (188)

Portemonnai u.
Banknotentasche
mit Inhalt (Geld u. sonstige)
gestern nachm. 4 Uhr auf d. Post
abhanden gekommen. Derjenige, der
obige Sachen irrtümlich. Weise mit-
genommen hat, wird gebet, dieselbe
i. d. Geschäftsst. d. Bzg. abzugeben.

Zwei eiserne
Bettstellen
sowie ein
Speiseschrank
mit Schränken, gut erhalten, zu
verkaufen.
Viktoriaallee 1, Ems.

Bier-Gegeühner
und **Stute** mit 7 Jungen
zu verkaufen. (189)
Wo sagt die Geschäftsstelle.

Jg. Kaufmann,
vertraut m. Führung von
Konto-Korrents-, Kasse-,
Verkaufs-, Lager- u. Ver-
sandbüchern, firm in allen
Kontorarbeiten, auch in
Korrespondenz u. Versand-
wesen erfahren, sucht an-
derweitig Stellung.
Gute Zeugn. z. Verfügung.
Angebote unter D. 82
an die Geschäftsst. d. Bzg.

Maurer, Arbeiter
und 1 **Fuhrmann**
sowie
Bauschäft Bernd,
Nievern.

Oeffentliche Volksversammlung

Donnerstag, den 23. Oktober, abends 8 Uhr, deutsche Zeit
im grossen Saale des „Hof von Holland“ in **Diez.**

Redner: 1. Lehrer **Ringshausen,**
Thema: Demokratie und Gemeindewahlen.

2. Amtsgerichtsrat **Waldschmidt,**
Thema: Selbstschutz des Bürgertums.

3. Metzgermeister **Thomas,**
Thema: Die Finanzlage der Stadt Diez.

Freie Diskussion.

Alle Wahlberechtigten der Stadt Diez werden um ihr Erscheinen gebeten.

Die Deutsche demokratische Partei,
Die Deutsche Volkspartei.